1·Jg·1969 erscheint monatlich in Berlin 19·5·Nr.1

# SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

der Kindergärtnerinnen • Erzieher • Jugendpfleger • und Sozialarbeiter in Praxis und Ausbildung

## ENTSTEHUNG UND ZIEL DER SPK

Seit längerer Zeit wird von den Kollegen und Kolleginnen in den Ämtern und Heimen, in den Tagesstätten und Jugendfreizeitheimen der Wunsch geäußert nach einem kontinuierlich erscheinenden Informationsblatt für alle Bereiche der sozialen und pädagogischen Arbeit.

Kollegen aus mehreren Bereichen der Praxis und Ausbildung haben die organisatorischen und inhaltlichen Fragen zu klären versucht. Sie legen mit dieser Nummer das erste praktische Ergebnis vor.

Die SPK soll zunächst monatlich erscheinen. Ob die SPK häufiger erscheinen wird, richtet sich nach der aktiven Mitarbeit der Kollegen. Vorläufig besteht die Redaktion aus drei Kollegen, die zusammen mit den Artikelschreibern die SPK gestalten.

Redaktionssitzungen sind öffentlich und werden bekannt gegeben.

Information über alle Bereiche der sozialpädagogischen Arbeit

Die SPK wendet sich an Kindergärtnerinnen, an Jugendleiterinnen und Jugendpfleger, an Erzieher und Sozialarbeiter, an Studenten und Dozenten der Ausbildungsstätten.

Eine ihrer Aufgaben wird sein, die Trennung aufzuheben, die zwischen den sozialen Berufen aufgerichtet wurde. Es sollen Konflikte u. Miseren am Arbeitsplatz geschildert und die Reaktion der Vorgestzten aufgezeigt und analysiert werden.

Mißstände, bisher nur individuell getragen, werdenöffentlich gemacht, am gesellschaftlichen Zusammenhang dargestellt, damit die Kollegen daraus fachliche und politisch-organisatorische Konsequenzen ziehen können.

Daher werden auch Berichte und Analysen über Sozialisation von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen veröffentlicht: von Gruppen, die innerhalb und außerhalb der Institutionen arbeiten. Wir werden uns um Übersetzungen von Berichten bemühen, die Erfahrungen in anderen Ländern schild dern.

Die SPK wendet sich an die 6000 Kindergärtnerinnen, 4500 Heimerzieher, an die 2400 Sozialarbeiter, an die Jugendleiter u. Jugendlichen, die konkrete Arbeit in der Praxis leisten oder noch in Ausbildung sind. Sie wendet sich nicht an die Minderheit der Stadträte und Büroleiter. Diese Damen und Herren Vorgesetzten werden informiert durch eigens für sie bestimmte Publikationen. Aber aus diesen Informationen ziehen sie keine Konsequenzen für die V e r ä n d e r u n g der P r a x i s. Den kollegen, die mit den Schwierigkeiten der Praxis belastet sind, werden wichtige Informationen vorenthalten.

INHALT:
- Entstehung und Ziel der SPK
- Misere der Kindertagesstätten
- Wie kam es zu den Kampfmaßnahmen der Kindergärtnerinnen?
- Sozialarbeiter stehen zu den Kampfmaßnahmen der Kindergärtnerinnen
- Arbeitsgruppen des AKS

Sicherlich gibt es Vorgesetzte, die anders handeln. Das ist gut so. Aber es muß garantiert sein daß selbst dem isolierten Sozialarbeiter im Obdachlosenasyl oder der überarbeiteten Kindergärtnerin in der überfüllten Kindertagesstätte alle wichtigen fachlichen Informationen zugänglich sind.

Die SPK wird - statt der Informationen von oben über den Dienstweg - die Möglichkeit der Information von der Basis an die Basis der Kollegen schaffen.

## Kommunikation in der Praxis u. Ausbildung

Wir wollen nicht nur über die Mißstände und Reaktionen von oben reden, sondern auch Methoden entwickeln, die die Abschaffung der Mißstände zum Ziel haben. Es geht bei der SPK nicht um die Schaffung noch eines Blattes, das zu den Akten oder in den Papierkorb wandert.

Im Gegenteil: die SPK muß am Arbeitsplatz diskutiert, kritisiert und in die Praxis übersetzt werden. Kommunikation ist vor allem notwendig, um die Isolierung zwischen den sozialen Berufen zu durchbrechen. Vorallem durch die Hierarchisierung in diesen Berufen und daraus resultierenden "berufsständischen""Statuskämpfen" wird die Isolation immer wieder erneuert.

Um die wirklich notwendige Teamarbeit von Lehrern, Sozialarbeitern, Kindergärtnerinnen, Psychologen und Jugendpflegern etc. zu erreichen, muß Gleichwertigkeit der sozialen Berufe untereinander geschaffen werden.

Kommunikation ermöglicht auch, daß bestehnde Projekte oder Arbeitsgruppen koordiniert und somit Doppelarbeit vermieden werden kann. Die politische Bedeutung pädagogischer und sozialer Arbeit macht es notwendig, die daraus resultierenden organisatorischen Probleme öffentlich zu diskutieren, Vorurteile seitens der Kollegen in Ausbildung u. Praxis zugunsten einer produktiven Zusammenarbeit zu beseitigen. Kritische Auseinandersetzungen müssen auf sachlich fundierter Basis ausgetragen werden.

## Aufhebung der Trennung von Theorie und Praxis

Die SPK wird nicht von Leuten gemacht, die in den oberen Rängen der Sozialbürokratie sitzen. Von diesen Leuten, die schon lange die gesamte Misere kennen und politisch und fachlich verantworten, haben wir keine Änderung der Praxis zu erwarten. Deshalb werden die meisten Beiträge von den Kollegen am Arbeitsplatz, den Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern, Erziehern usw. geschrieben.
Wir müssen dabei die Gründe der Abneigung der Praktiker gegen die Theoretiker und umgekehrt untersuchen.
Was nützt es zum Beispiel dem Heimerzieher, wenn der Psychologe für ein Kind eine Therapie vorschlägt, die unter den gegenwärtigen Zuständen doch nicht in den Heimen verwirklicht werden kann? Diese Therapie kann bei ihm nur Schuldgefühle über eine vermeindliche Unfähigkeit erzeugen.
Wir brauchen eine Theorie, die von der Praxis ausgeht, die die Situation in der Praxis selbst verändert, die z. B. für den Heimerzieher Bedingungen schafft, unter denen er dem einzelnen Kind helfen kann.
Deshalb wird die SPK nur theoretische Beiträge bringen, die den Kollegen am Arbeitsplatz unmittelbar helfen können, selbsttätig ihre Situation zu verändern.

# MISERE DER KINDERTAGESSTÄTTEN

Dieser Aufsatz soll dazu beitragen die Hintergründe aufzuzeigen, die die Kreuzberger Protestversammlungen der Kindergärtnerinnen notwendig gemacht haben. Hier soll auch geklärt werden, warum kein Berliner Bezirksstadtrat behaupten kann, die Situation der Kindertagesstätten seines Bezirkes unterscheide sich erheblich von denen anderer Bezirke. Die "Misere" der Kindertagesstätten in Berlin, ja in der ganzen BRD, ist derartig tiefgreifend, daß selbst bei geringen Unterschieden die Gesamtsituation nicht verändert wird.

Der Notstand in den vorschulischen Einrichtungen findet bei Ministerien, Parlamenten und Öffentlichkeit ein viel zu geringes Interesse. Dies zeigt sich u.a. an der Dürftigkeit der Ausführungen des damaligen Bundesfamilienministers B. Heck in der Bundestagsdebatte zur Situation der Kindertagesstätten vom 17.1.1968. Nichtsdestoweniger ist es aufschlußreich einzelne Fakten aus der Debatte anzuführen. Die Regierung stellte fest, daß die verfügbaren Plätze in den Kitas bei weitem nicht ausreichen, dennoch nahm man starke Kürzungen der finanziellen Mittelvor, mit denen Neueinrichtungen ermöglicht werden sollten. Frau Schanzenbach(MdB/SPD) bezeichnete folgende drei Probleme als vordringlich:
1. Es müßten mehr öffentliche Mittel für die Kindertagesstätten eingesetzt werden als das bisher der Fall ist.
2. Der Personalmangel müßte behoben werden.
3. Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen müßte den Aufgaben entsprechen, die Tageseinrichtungen für Kleinkinder heute haben.
Mehrfach wurde in dieser Bundestagssitzung bedauert, daß viel zu wenig Kinder die Möglichkeit haben, eine vorschulische Einrichtung zu besuchen. Noch trauriger war man darüber, daß die Kinder, die schließlich einen Platz bekommen, in den bestehenden Einrichtungen doch nicht in entsprechender Weise gefördert würden. Ja, man erinnerte sich sogar daran, daß es nach dem JWG eigentlich zu den Pflichtaufgaben des Gesetzgebers gehört, genügend Kindertagesstätten für Kleinkinder einzurichten(JWG, Juli 1962: §1 - "Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit.").

Die Führung dieser Bundestagsdebatte war aber wohl nur eine Pflichtübung. Die gutmütigsten Kollegen unter uns haben vielleicht angenommen, daß aus derartigen Diskussionen auch bestimmte Konsequenzen zu folgen hätten. Wir Kindergärtnerinnen haben aber bisher keine Veränderungen am Arbeitsplatz wahrgenommen. Wir haben auch nicht davon gehört, daß man im Familienministerium neue Überlegungen angestellt hätte, noch haben wir gesehen, daß vom Senator für Jugend u. Sport in Berlin diesbezügliche Initiativen ausgegangen wären. Im Abgeordnetenhaus von Berlin sind die Kindertagesstättenprobleme auch nicht in fachgerechter Weise in ihrer eigentlichen Problematik erfaßt worden. Daher hat man auch keine Maßnahmen ergriffen, die geeignet gewesen wären, an den bestehenden Mißständen auch nur das allergröbste zu ändern. Dies, obwohl die Situation in den städtischen Kindertagesstätten seit langem sowohl für die Kinder als auch für uns Kindergärtnerinnen untragbar ist.

## Wartelisten

Unsere Kindertagesstätten gleichen mehr Kinderbewahranstalten als modernen pädagogischen Einrichtungen, obwohl wir wissen, daß die Erziehung des Kindes, gerade auch die des Kleinkindes, Heute nicht mehr allein von der Familie getragen werden kann. Jedes Kind braucht eine Erziehung in der Kindergruppe. Zur Zeit bildet die schlechte finanzielle Lage einer Familie oder Mutter den vorrangigen Grund zur Aufnahme des Kindes in einer Kindertagesstätte (Kita). Das bedeutet, daß Kinder bessergestellter Eltern weiter ausschließlich in der Familie erzogen werden. Knapp 10 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter haben überhaupt nur die Möglichkeit, eine Kita zu besuchen. Es bestehen aus diesem Grund die Wartelisten. Offizielle Zahlenangaben des letzten Jahres schwanken zwischen 10 000 und 19 600 Voranmeldungen. Viele Eltern lassen ihre Kinder nicht in diese Listen eintragen, weil die Aussicht auf einen Platz zu gering ist.

## Die pädagogische Arbeit in den Kitas

Die wenigen Kinder, die in den Tagesstätten einen Platz bekommen, werden keineswegs in der erforderlichen Weise gefördert. Besonders der strenge und unbewegliche Tagesablauf einer Kita entspricht nicht den kindlichen Bedürfnissen. Dieser bis ins einzelne minutiös vorgeschriebene Tagesablauf ist nicht nur das Ergebnis der Pedanterie von uns Kindergärtnerinnen. Die viel zu großen und ständig überfüllten Kitas (man plant neuerdings Kitas mit einer Belegung von ca. 260 Kindern), die unzureichenden Bauten, die Personalknappheit und vor allem die Größe der Kindergruppen (15 Kinder, zusätzlich 20% Überbelegung) machen eine derartige Überorganisation notwendig. Diesen Tagesablauf aufrecht zu erhalten, gelingt den Kindergärtnerinnen nur durch ständiges Anordnen, denn wir sind die einzigen, die diesen komplizierten Tagesablauf überschauen. Wenn sich die Kinder diesem Reglement erst einmal anpassen, so ist das nicht das Ergebnis natürlicher Neigung oder irgendeiner Einsicht, sondern einer gelungenen Dressur, die den wirklichen Bedürfnissen der Kinder genau zuwiderläuft.

Die pädagogische, gesellschaftspolitische und bildungsfördernde Aufgabe, die die Kindertagesstätte haben müßte, wird heute nicht annähernd erfüllt. Der ganze Bereich der kompensatorischen Erziehung, der Vorschulerziehung kann unter den gegebenen Verhältnissen in den Kitas nicht berücksichtigt werden. Gerade in diesem Bereich sind uns viele europäische Länder weit voraus. Wo bei uns der Anspruch erhoben wird, pädagogische Arbeit zu leisten, bezieht sich dieser auf die Anpassung des Kindes an bestehende Verhältnisse. Im Vordergrund stehen dann Ordnung, Sauberkeit Tagesordnung, normiertes und konsumorientiertes Spielen und "Basteln" mit vorgefertigtem Material. Autoritäre Verhaltensmuster prägen die erzieherische Arbeit, wodurch die Kinder in ihrer Persönlichkeitsentfaltung auf vorgegebene Verhaltensweisen eingeengt und dadurch gestört werden in der Entwicklung der Fähigkeit zu sozialem Verhalten. Wir meinen, daß sich Erziehung an den Bedürfnissen der Kinder orientieren muß und daß eine so ausgerichtete Erziehung bessere Chancen zur allseitigen Persönlichkeitsentwicklung bietet.

Obwohl diese Tatsache auch dem Senat seit Jahren bekannt ist, wurde bisher nichts wesentliches unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Notwendig ist die Neugestaltung des Ausbildungsganges der Sozialpädagogen und die Neukonzeption der pädagogischen Arbeit in den Kitas, um in diesem Beruf die Möglichkeit zu wirklich produktiver Arbeit zu schaffen und damit seine Anziehungskraft zu stärken.
Aus diesen Gründen ist der Neubau dieser Tagesstätten vom pädagogischen Standpunkt aus nicht zu vertreten, so erwünscht er angesichts der überlangen Wartelisten auch scheinen mag. Gebaut wird aber dennoch, aus ökonomischen Gründen; möglichst viele Frauen sollen, indem man sie von ihren Kindern entlastet, für die Produktion frei werden und so dem katastrophalen Arbeitskräftemangel in Westberlin abhelfen.

## Die Ausbildung der Kindergärtnerinnen

Die Kindergartenmisere läuft auf eine stille Entwertung des pädagogischen Auftrags und der Kindergärtnerinnen-Ausbildung hinaus. Die Anwärterzahl ist zu gering und die Ausbildung trägt den heutigen pädagogischen Erfordernissen nicht genügend Rechnung. Die künftige Erzieherin wird in keiner Weise auf die gesellschaftspolitische Bedeutung ihres Berufes vorbereitet. Viel stärker müßte der Akzent auf das immer wieder kontrollierte Einüben eines solchen sozialen Interaktionsverhaltens gelegt werden, das das verfehlende und einschränkende Verhalten des Erziehers ausschließt. Dies darf dabei nicht nur äußerlich antrainiert sondern muß zu einem die Persönlichkeit konstituierenden Faktor werden.

Wesentlich ist auch die Diskrepanz zwischen den idealisierenden Theorien und Lehrinhalten an den Ausbildungsstätten und der Situation in der Praxis. Es werden uns keine Wege gewiesen, um die Theoretischen Forderungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die Praxis zu übertragen. In der Regel wird in der Ausbildung von in Mittelschichten üblichen Verhaltensweisen ausgegangen. Dies, obwohl in der gegenwärtigen Kita vor allem Kinder aus den sozialen unterprivilegierten Schichten betreut werden.

# 10. JUNI: STREIK!!!

## Die personelle Stuation

Wegen des großen Arbeitskräftemangels im sozialpädagogischen Bereich werden immer mehr ungelernte Kräfte zur Betreuung von Kindern eingestellt. Gegenwärtig arbeiten in den Berliner Kindertagesstätten ca. 2000 ausgebildete Kindergärtnerinnen und ca. 100 Jugendleiterinnen bei 22 000 Kindern. 15 %, in einigen Bezirken 45 Prozent der pädagogischen Mitarbeiter sind unausgebildete Kräfte. Viele Planstellen, in einigen Bezirken fast 10 Prozent sind gar nicht besetzt. Im Laufe der Jahre sind verschiedene Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen worden ohne die Öffnungszeiten der Kitas zu verkürzen oder mehr Planstellen zu schaffen. Diese Entwicklung ging ausschließlich zu Lasten der Kinder und von uns Kindergärtnerinnen. Zusätzlich wurden den Kitas noch die für Krankheitsfälle vorgesehenen Vertretungsgelder von 6 auf 3 Prozent gekürzt, obwohl bekannt ist, daß bei Kindergärtnerinnen die Fehlzeiten besonders hoch sind, bedingt durch Schwangerschaft, Krankheit und die ständige Überarbeitung. So waren z. B. an einem Stichtag im Januar 69 in Kreuzberg mehr als ein Viertel des pädagogischen Personals krank oder im Urlaub. In Berlin fehlen gegenwärtig rund tausend sozialpädagogische Kräfte für die Kindergärten und Heime. Die entsprechenden Ausbildungsstätten werden mit Sicherheit diesen Arbeitskräftemangel nicht decken können. Trotzdem sollen in den nächsten 2 Jahren 33 Kindertagesstätten gebaut werden. In diesen neuen Einrichtungen werden höchstens noch 50 Prozent der Erzieher eine Fachausbildung haben.

Im besten Fall werden Kindergärtnerinnen dazu erzogen, Kritik in der Erziehungsarbeit nur an sich selbst anzusetzen, nicht aber an den Bedingungen ihrer Arbeit. Das kann nur zu Schuldgefühlen führen, die sie innerhalb der hierarchischen Struktur ihres Arbeitsbereiches gefügig macht. Unter diesen Arbeitsbedingungen kann natürlich keine gute pädagogische Arbeit gedeihen.

Diese schon so lange andauernden Zustände sind für einen immer größer werdenden Teil der Kindergärtnerinnen nicht mehr annehmbar. Die Interessen der Kinder werden übergangen und der Senat legt eine derart sträfliche Sorglosigkeit an den Tag, daß wir Kindergärtnerinnen für die Notwendige Öffentlichkeit sorgen müssen, um eine Veränderung der Zustände herbeizuführen.

# NACHRICHTEN:

Das Streikrecht für BEAMTE forderten Genossen aus Hessen-Süd(linke SPD-Gruppe) anläßlich der Einschüchterungsversuche der hessischen Landesregierung gegen streikende Lehrer in Frankfurt/Main.

# WIE KAM ES ZU DEN KAMPFMASSNAHMEN?

Die Zustände in den Westberliner Kindertagesstätten sind unhaltbar !
Kaum pädagogische Fachkräfte, wenig Nachwuchskräfte, unbesetzte Planstellen, unzureichende Ausstattung der Räume und eine schlechte Ausbildung sind nur einige Beispiele für den Mißstand.

Um diesem Mißstand abzuhelfen, fanden sich vor ca. 2 Jahren progressive Leiterinnen im Arbeitskreis Kreuzberger Kindertagesstätten zusammen.

Sie erkannten bald die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit untereinander. Ihnen wurde klar, daß nur der Weg in die Öffentlichkeit einen Strukturwandel einleiten und die Kindergärtnerinnen aus der Isolierung herausführen kann.

Im Januar 69 nahm der Arbeitskreis Kontakt auf zum ÖTV-Hauptvorstand, Abt. Sozialarbeit. Die Kindergärtnerinnen erwarteten von der Gewerkschaft Unterstützung. Wie sah diese Unterstützung aus ?
Der 2. Vorsitzende Weiß schlug den Kindergärtnerinnen vor, sich krankschreiben zu lassen. Sie würden dadurch entlastet und den Senat in eine schwierige Situation drängen. Der 1. Vorsitzende Tamborini war offener. Er meinte:"Wenn die Kindergärtnerinnen die Möglichkeit zum "Dampfablassen" erhielten, würde ihr Unmut im Sande verlaufen.

Obwohl die Kindergärtnerinnen dem ÖTV-Hauptvorstand gegenüber unmißverständlich die Forderung nach einer Öffentlichkeit erhoben, blieb dieser "uninteressiert". Im Gegenteil hob er hervor, daß die Situation in den Westdeutschen Kindertagesstätten gegenüber Westberlin unvergleichlich schlechter sei. Die ÖTV könne daher in Westberlin nicht vorpreschen.

Die Kindergärtnerinnen ließen sich nicht entmutigen und wandten sich an das Bezirksamt. In Gesprächen mit Stadtrat Beck forderten sie eine Protestversammlung zu der die Presse eingeladen wird. Die Forderung wurde abgelehnt, da dem Bezirksamt die Anwesenheit der Presse nicht paßte.

Nach diesen gescheiterten Versuchen fand sich plötzlich die ÖTV-Bezirksleitung bereit, eine ÖTV-Protestveranstaltung am 26.2. durfhzuführen. Die spärlich erschienenen Pressevertreter berichteten kaum.

Die ungewöhnlich starke Beteiligung von über 250 Kindergärtnerinnen unterstrich die Bedeutung dieser Protestveranstaltung. Kindergärtnerinnen aus Kreuzberg, anderen Bezirken und Westdeutschland formulierten ihr Unbehagen erstmals öffentlich. Sie gaben Situationsberichte aus Krippen, Kindergärten und Horten. Allen wurde klar: "DIE MISSTÄNDE SIND ALLGEMEIN UND NUR AUF DIE UNERTRÄGLICHEN ARBEITSBEDINGUNGEN UND DIE FALSCHE FACHLICHE KONZEPTION DER TAGESSTÄTTEN ZURÜCKZUFÜHREN".

Wie Stadtrat Beck in einem Beitrag selbst sagte, ist er in seiner Funktion als Arbeitgeber nicht in der Lage, die Interessen der Sozialpädagogen, die er als Arbeitnehmer und Gewerkschaftler unterstützt, wirkungsvoll durchzusetzen.

Wiederholt räumte er dem Wirtschaftsleben absolute Vorrangigkeit ein. Die Kindergärtnerinnen wollten aber endlich wissen, was der Senat und die Bezirke zur qualitativen Veränderung und Verbesserung der Kindertagesstättensituation zun werden !

<u>Sie forderten die Durchsetzung von Sofortmaßnahmen</u>

1. Aufnahmestop ab sofort, bis die 20%ige Überbelegung abgebaut ist.
2. Keine Neueröffnung von Tagesstätten solange Planstellen nicht mit Fachkräften bestzt werden können.
3. Gruppenschließungen, wenn Gruppenleiter voraussichtlich länger als 3 Tage fehlen und kein Ersatz vorhanden ist.
4. Begrenzung der Belastbarkeit der fachkräfte schriftlich fixieren unter Berücksichtigung der Belange der Kinder.

<u>Als längerfristige Maßnahmen wurden gefordert</u>

1. Kein Unterschied mehr zwischen zentralverwalteten und bezirklichen Heimen
2. Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre
3. Berufsbegleitende Ausbildung unter Fortzahlung der Bezüge und entsprechenden Ersatz durch Fachkräfte
4. Fortbildung aller in den Tagesstätten tätigen Kräfte
5. Bürokräfte und Wirtschaftsleiterinnen in den Kindertagesstätten als Entlastung der Leiterinnen von der Verwaltungsarbeit
6. Neufestsetzung des Personalschlüssels

Eine Statistenrolle spielte die ÖTV-Bezirksleitung. Sie versuchte das eigentliche pädagogische Anliegen der Kindergärtnerinnen in tarifpolitische Forderungen umzufunktionieren. Sie forderte, man solle fachlich und nicht gesellschaftskritisch diskutieren. Die ÖTV mußte sich jedoch die Lektion erteilen lassen, daß Fach- und Gesellschaftskritik nicht voneinander zu trennen sind. Der massive Versuch der ÖTV, in dieser Protestveranstaltung Mitglieder zu werben, mißlang.

Trotzdem waren die Kindergärtnerinnen bereit, mit der Gewerkschaft zusammenzuarbeiten. DieÖTV aber hüllte sich nach der Protestveranstaltung in Schweigen. Sie unterrichtete weder ihre Mitglieder von aufgenommenen Verhandlungen mit Senats- oder sonstigen Vertretern, noch verbreitete sie den Forderungskatalog der Kreuzberger Kindergärtnerinnen rechtzeitig in anderen Bezirken.

Von Seiten der Bürokratie wurde verstärkt versucht, durch unzulängliche Maßnahmen(Einstellung ungelernter Kräfte und deren"Weiterbildung" in Volkshochschul-Kurzlehrgängen) die Mängel zu "beheben".

Die Kindergärtnerinnen blieben in ihrer Haltung konsequent. Die Vorbereitungen für die 2. Protestveranstaltung wurden getroffen. Sie waren gezwungen, zu dieser Veranstaltung selbst einzuladen, da sie mit Recht befürchteten, daß die Einladungen der ÖTV wieder nicht rechtzeitig an die Kindergärtnerinnen gelangten.

Am 23.4. reichte dann kaum der Saal im Haus der Jugend"Böcklerpark" in Kreuzberg für die über 500 Kolleginnen und Kollegen. Die Kampfbereitschaft, die unhaltbaren Zustände in den Kindertagesstätten zu verändern, war spürbar. Die zuständigen Senatoren Neubauer u. Korber hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die für sie eingesprungenen Senatsdirektoren Müller und Ullrich ließen keinen Zweifel an ihrer Unfähigkeit den Kindergärtnerinnen auf ihre detaillierten Forderungen eine verbindliche Antwort geben zu können. Außer einer inhaltslosen, beschwichtigenden Rede und dem Versuch, die massiven Forderungen in Fragen an den Senat umzubiegen, hatte Herr Müller nur ein beträchtliches Maß an Arroganz zu bieten:" Sie können die vielfältigen Schwierigkeiten gar nicht kennen!"-"Sie haben keine Übersicht!"-" Ich dachte, ich käme auf eine Gewerkschaftsversammlung und nicht auf eine Fachtagung." "Ihre Probleme kenne ich schon viel länger als Sie".

Ohne auf die massenhaften Proteste der Versammelten zu achten, verließ dieser Senatsvertreter nach seiner eigenen Rede den Saal.

Alleingelassen und hilflos begriffen die ÖTV-Funktionäre nicht, daß die Kindergärtnerinnen Taten sehen und keine Phrasen hören wollten. Die ÖTV jedoch rief zur Geduld auf und wies auf baldige Gespräche mit den zuständigen Stellen hin.

Als dann Kindergärtnerinnen die Diskussion über Kampfmaßnahmen forderten, wurde der Gewerkschaftsvorstand kopflos, erklärte die Versammlung für geschlossen und flüchtete aus dem Saal.
Die Kindergärtnerinnen ließen sich nicht verängstigen. Sie stimmten für einen 1-tägigen Warnstreik und bildeten ein Streikkomitee.
Wenige Tage nach dieser Protestversammlung fassten die Arbeitsgemeinschaften der Kindergärtnerinnen und Leiterinnen der Kindertagesstätten des Bezirksamtes Kreuzberg folgenden Beschluß:

"Wir können uns mit den Antworten des Senats auf unsere Forderungen vom 26.2.69 nicht zufrieden geben! Wir fordern deshalb die Gewerkschaften BVL, ÖTV, Komba, DAG auf, bis zum 15.5.69 zu erklären, daß sie uns bei der Durchführung von Kampfmaßnahmen vertreten. Sollte bis zu diesem Termin keine verbindliche Zusage gemacht werden, geben wir geschlossen unsere Mitgliedsbücher zurück. Gleiche Schreiben wurden an die Presse gesandt."

Dieses Ultimatum haben 99 gewerkschaftlich organisierte und weitere 49 Nicht-Mitglieder unterschrieben.

Unter dem Druck der Kindergärtnerinnen hatte die ÖTV keine andere Wahl als den Streik zu unterstützen. Am 12.5. wurde der Streiktermin bekannt: 10. J u n i 1969 ! Dieser Termin wurde nicht von den Kindergärtnerinnen, sondern in gemeinsamen Verhandlungen mit dem BVL von der ÖTV bestimmt. Wenn die Kindergärtnerinnen auch nicht wissen warum die ÖTV den Termin erst für den 10.6. festlegte, so haben sie doch den Vorteil einer intensiven Vorbereitung.

Nach den Vorstellungen der ÖTV soll der Streik auf den Bezirk Kreuzberg beschränkt bleiben. Hier ist erneut der Versuch zu erkennen, die Kreuzberger Mißstände als einen Sonderfall zu behandeln. Das Gegenteil ist der Fall. Die katastrophalen Mißstände in den Tagesstätten erstrecken sich auf alle Bezirke. Im Kreuzberg sind sie am unerträglichsten. Daher sind die Aktivitäten von Kreuzberger Kindergärtnerinnen ausgegangen, haben sich längst aber auf alle Bezirke ausgedehnt.

Erst am 14.5. wurde bekannt, daß die ÖTV-Landesleitung noch die Zustimmung für den Streik am 10.6. vom ÖTV-Bundesvorstand in Stuttgart einholen muß. Falls diese Zustimmung nicht erteilt wird, ist schon jetzt festzustellen:

DIE KINDERGÄRTNERINNEN WERDEN AM 10.JUNI 69 EINEN 1-TÄGIGEN WARNSTREIK DURCHFÜHREN - MIT ODER OHNE ÖTV!

# SOZIALARBEITER STEHEN ZU DEN KAMPFMASSNAHMEN DER KINDERGÄRTNERINNEN

Sozialarbeiter stehen zu den Kampfmaßnahmen der Kindergärtnerinnen

Wenn Sozialarbeiter zur Situation der Kindergärtnerinnen Stellung nehmen, ist deren unermüdliche Aktivität hervorzuheben.

Die Kindergärtnerinnen haben nicht nur den Mut aufgebracht, die Mißstände in scharfen aber sachlichen Worten gegenüber Senats-, Gewerkschafts- und Bezirksamtsvertretern vorzutragen, sie waren auch in der Lage, sich in eindrucksvoller Weise zu organisieren.

Trotzdem stehen sie erst am Anfang in der Auseinandersetzung. Dieser Anfang ist zugleich ein großer Erfolg.

Nicht nur, weil er Unruhe bei denen gebracht hat, die mit Hinhalte- und Harmonisierungstaktiken jahrelang die Kritik der Sozialpädagogen aufzufangen glaubten, sondern weil die Kindergärtnerinnen erstmals aus der Einzelisolierung geschlossen in die Öffentlichkeit getreten sind.
In diesem Anfangsstadium brauchen die Kindergärtnerinnen unsere Unterstützung.

Aber es reicht nicht mehr, wenn wir Sozialarbeiter über die katastrophalen Mißstände in den Kindertagesstätten nur informiert sind; wenn wir wissen, daß der Erziehungsauftrag tagtäglich nicht mehr erfüllt wird, und viele Kinder nach mehrmonatigem Besuch einer Kita gravierende Entwicklungsrückstände und Symptome von Hospitalismus aufweisen.

Die erste Forderung in dieser Richtung: "AKTIVE SOLIDARISIERUNG MIT DEN KINDERGÄRTNERINNEN".

Die Mißstände in den Kindertagesstätten gehen uns alle an. Kreuzbergs Jugendstadtrat Beck geht in einer Stellungnahme zur Personal- und Betreuungssitiation in den Kindertagesstätten davon aus, daß sich die Situation in einigen Bezirken kaum wesentlich von der in Kreuzberg unterscheidet. Für die übrigen, vielleicht weniger betroffenen Jugendämter, können sich bald ähnliche Probleme ergeben.

Dazu müssen wir wissen, daß der Tagesspiegel am 3.5. unter dem Titel "KEIN KINDERGÄRTNERINNEN-PROBLEM" folgenden Artikel brachte:

"Die 102 vorhandenen Planstellen für Kindergärtnerinnen in Wilmersdorf seien alle mit Fachkräften besetzt. Bei Krankheit oder Urlaub stünden zur Vertretung ausgebildeteKräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung. Dies erfuhr man auf einer Pressekonferenz des Bezirksamts Wilmersdorf gestern von SPD-Stadtrat Richter. Wilmersdorf unterscheide sich also in diesem Punkt erheblich von Kreuzberg und Wedding. Eine 20 % ige Überbelegung sei zwar "listenmäßig vorhanden", sie mache sich jedoch durch zeitweiliges Fehlen von Kindern kaum bemerkbar".

Wir fragen Stadtrat Richter: "Soll dieser Hinweis auf die "bessere" Wilmersdorfer Lage den Streikabsichten begegnen?"

Warum solidarisiert sich Herr Richter nicht mit seinem Kreuzberger Kollegen Beck?

Warum hebt er nicht die wesentlichen Unterschiede in den sozialen Strukturen von Kreuzberg, Wedding und Wilmersdorf hervor?

## Welche sichtbare Solidarisierung ist darüber hinaus möglich?

Denn zur Beseitigung des Erziehungsdefizits der bildungs- und wissensmäßig unterprivilegierten Bevölkerungsschichten in Kreuzberg und anderen Bezirken bedarf es einer differenzierteren Bemessungsgrundlage gegenüber Wilmersdorf.

Pädagogisch geschulte Kindergärtnerinnen arbeiten in der derzeitigen Situation lieber in Wilmersdorf als in Kreuzberg. Das gilt es zu berücksichtigen.

Kein Stadtrat kann es sich daher erlauben, auf Kosten der Kindergärtnerinnen das Prestige seines Bezirks zu verbessern. Oder nimmt Stadtrat Richter in Anspruch, den Bildungs- und Erziehungsnotstand in Wilmersdorf bereits behoben zu haben?

Anders reagierten 30 Studenten der Sozialakademie des Pestalozzi-Fröbel-Hauses (PFH). Sie erklärten sich spontan bereit, die von den Kindergärtnerinnen erarbeiteten Flugblätter in den Bezirken zu verteilen.

Wir sollten mit den Kindergärtnerinnen gleichziehn und unsere Gewerkschaftsbücher der ÖTV geschlossen zurückgeben. Die ÖTV hat nicht nur die Kindergärtnerinnen betrogen; sie hat sich unfähig gezeigt, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Arbeitgeber zu vertreten. Die Konsequenzen hat sie nun zu tragen.
Wie aber sieht unsere Reaktion auf den Plan von Senats- und Bezirksamtsvertretern aus, uns Sozialarbeiter am Tage des Warnstreiks als Streikbrecher dienstzuverpflichten ?

Die beamteten Sozialarbeiter, so hofft man, hätten zu gehorchen und als sozialpädagogisch Ausgebildete in den Kindertagesstätten Dienst zu tun.

Unmißverständlich ist zu sagen: "WIR POLITISCH BEWUSSTEN SOZIALARBEITER SIND KEINE STREIKBRECHER!

Wir haben erkannt, daß nur eine konsequente solidarische Haltung die richtige Antwort auf die unverantwortliche Sozialpolitik des Senats und der Bundesregierung ist."

---

§

Amtsgericht Tiergarten

1 Berlin 21, den 17.4.69
Adresse

Gesch.-Nr. 274 Cs. 267/69

Herrn
Gerhard Hannemann
1 Berlin 41
Schwalbacherstr. 1

# STRAFBEFEHL

Sie werden beschuldigt in Berlin-Wedding am 11.12.68 gegen 9.30Uhr gemeinschaftlich mit den Beschuldigten MOST, RABATSCH, WAGNER, GUTFLEISCH, RICHTER, Kühnlenz, MACKENSEN, SCHÄFER, NITZL, AUGNER, PREMAR, BECKER, WULF, MARTIN HANNEMANN in abgeschlossenen Räumen, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, ohne Befugnis verweilt und auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt zu haben.
Sie hielten sich mit den weiteren Beschuldigten am Tattage in der Tuberkulosefürsorgestelle des Gesundheitsamts Wedding, unbefugt auf und verliessen die Dienststelle trotz mehrfacher Aufforderung des Leiters der Abteilung Gesundheitswesen, des Zeugen T r a m p e n a u, nicht. Sie mußten von herbeigerufenen Polizeikräften aus dem Gebäude entfernt werden.

Vergehen nach §123 Abs.1u.2,47STGB
Strafantrag ist rechtzeitig gestellt.

Beweismittel:
1. Ihre Angaben
2. Zeugen -
   a. Bezirksstadtrat Gerhard Trampenau Berlin 65, Müllerstr. 146
   b. Sozialamtman Klaus Grimm Berlin 30, Genthinerstr. 26
   c. Stadtoberinspektor Jürgen Jende Berlin 65, Wiesenstr. 64
   d. POM Hans-Joachim Behrend, Rev. 42
   e. PM Peter Heller, Rev. 42

Auf Antrag des Staatsanwalts wird deshalb gegen Sie eine GELDSTRAFE von 250.-DM, ersatzweise 25 Tage Haft festgesetzt. Die Kosten des Verfahrens werden Ihnen auferlegt.

Stempel, Datum, Unterschrift

---

## WIE WIRD IN BERLIN MIT KOLLEGEN VERFAHREN, DIE MIßSTÄNDE ÖFFENTLICH MACHEN?

Auf das Bemühen, Mißstände in der Tbc-Fürsorge Wedding öffentlich zu diskutieren, reagierte das Bezirksamt mit Denunziation und die Justiz mit nebenstehenden Strafbefehlen. Diese Mißstände, die die betroffenen Kollegen nicht als Einzelfälle betrachten, sondern die sie für symptomatisch für die Situation der Sozialarbeit in den Institutionen halten, sollen weiter vertuscht werden. Die Kollegen werden das nicht dulden: Sie haben Einspruch eingelegt. Der Prozeß wird für sie und uns das Forum darstellen, den berechtigten Forderungen Ausdruck zu verleihen.
Der Prozeßtermin wird rechtzeitig bekanntgegeben.

---

# KITAS: STREIK!

# ARBEITSGRUPPEN DES AKS

Die Arbeitsgruppen des AKS

Im Oktober vergangenen Jahres beschlossen ca. 15o Sozialarbeiter einen Kongreß zu veranstalten. Auf diesem Kongreß sollten die Mißstände der Sozialarbeit öffentlich gemacht werden, ein Erfahrungsaustausch in größerem Rahmen sollte ermöglicht werden. Die Funktion der Sozialarbeit in dieser Gesellschaft sollte untersucht werden, um daraus praktische und organisatorische Konsequenzen zu ziehen.

Zur Vorbereitung des Kongresses wurden Arbeitsgruppen gebildet, die detailliert und systematisch die Mißstände in den einzelnen Gebieten der Sozialarbeit erfassen wollten. Die Ergebnisse sollten auf dem Kongress vorgetragen werden.

Der größte Teil der damals ins Leben gerufenen Arbeitsgruppen besteht noch und arbeitet mit unterschiedlicher Intensität. Einige Arbeitsgruppen haben sich wieder aufgelöst ohne je richtig begonnen zu haben zu arbeiten.

Welches sind die generellen Schwierigkeiten dieser Gruppen?
Die Kolleginnen u. Kollegen, die in ihnen tätig sind, sind tagsüber berufstätig und können nur einen Teil ihrer Energien in die Arbeit ihrer Gruppe investieren. Die Gruppen arbeiten relativ isoliert voneinander, ein regelmäßiger Bericht und Erfahrungsaustausch in einem Plenum konnte bisher kaum stattfinden, da die bisherige Organisation des AKS nur sehr zufällig und unverbindlich war. Fachleute, z.B. Studenten, die den Kollegen fachliche Unterstützung hätten geben können, waren bisher nur in einzelnen Fällen in die kontinuierliche Arbeit einzubeziehen. Theoretische Voraussetzungen zur Analyse der Mißstände konnten die Kollegen jedoch nur beschränkt aufarbeiten. Zu wenige Kollegen waren bereit, verbindlich in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten, was wiederum auf die Arbeitsüberlastung und die allgemeine Sizuation des AKS zurückzuführen war.

Die Arbeitsgruppe Sozialbürokratie besteht aus ca. 10 Kollegen, die sich regelmäßig wöchentlich treffen. Ihr Ziel ist die Erstellung einer kritischen Analyse der Sozialbürokratie, der autoritären Strukturen der Ämter, der Isolation der Sozialarbeiter untereinander usw. Diese Analyse soll Grundlage unserer Bemühungen sein, eine emanzipierende Sozialarbeit in und gegen die Verwaltungsstrukturen durchzusetzen.

Die Arbeitsgruppe Heimerziehung besteht aus Heimerziehern, Sozialarbeitern, Psychologen und Soziologen. Ziel der Gruppe ist es, die Mißstände in den ca. 14o Heimen in Westberlin aufzudecken, sie in allgemeine Zusammenhänge zu einer Funktion der Erziehungsheime zu stellen und diese Ergebnisse öffentlich zu machen, um dadurch u.a. die Heimerzieher, die die Mißstände tagtäglich zu spüren bekommen, zu mobilisieren.

Die Arbeitsgruppe Funktion und Ideologie der Sozialarbeit will die gesellschaftliche Rolle der Sozialarbeit untersuchen, die Ideologie mit der die tatsächliche Funktion verschleiert wird, aufdecken. Nur mit einem Verständnis der allgemeinen Zusammenhänge können wir die Mißstände am Arbeitsplatz grundlegend bekämpfen.

In der Arbeitsgruppe Jugendpflege arbeitet eine Gruppe von Sozialpädagogen und Studenten über den Bereich der Jugendpflege. Sie will erreichen, daß den Einrichtungen der Jugendpflege volle pädagogische Unabhängigkeit gegeben wird, daß sie den Bedürfnissen der Jugendlichen nach Selbstorganisation zugänglich gemacht werden.

Die Arbeitsgruppe Ausbildung, deren Schwerpunkt z.Z. am PFH liegt, mobilisiert die Studierenden gegen die bisherige undemokratische und unqualifizierte Ausbildung an den Berliner Ausbildungsstätten für Sozialpädagogen. Sie will der Ausbildung eine Alternative gegenüberstellen, die den Studierenden später ermöglicht im Beruf im Sinne emanzipierender Sozialarbeit tätig zu werden.

Die Arbeitsgruppe Gesundheitswesen schließlich untersucht die strukturellen Mißstände in diesem Bereich. Die Tbc-Stelle in Wedding ist kein Einzelfall, sondern nur augenfälliger Ausdruck der allgemeinen Situation.

Besonders hinzuweisen ist noch auf den Arbeitskreis der Sozialpädagogen im Republikanischen Club. Er hat sich aus dem "Aktionsrat zur Befreiung der Frau" herausgebildet. Etwa 5o aktive Sozialpädagogen, Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen, Kinderpflegerinnen, Jugendleiterinnen sowie Studierende nehmen regelmäßig an den Treffen teil. Ziel der Gruppe ist die Bewußtmachung und Veränderung der Situation in den Kindertagesstätten.

Diese Arbeitsgruppen geben im Beruf stehenden Kolleginnen und Kollegen sowie Studierenden die Möglichkeit, durch regelmäßige Arbeit verändernd mitzuwirken und ihrem Unwillen über die Situation der Sozialpädagogik in den Institutionen eine produktive Wendung zu geben.
Die Gruppen suchen weitere Mitarbeiter und freuen sich über jeden, der sich entschließt, an der Arbeit teilzunehmen.

---

## Treffpunkte und Kontaktadressen

Treffpunkte und Kontaktadressen der Arbeitsgruppen des AKS :

1. Gruppe Sozialbürokratie
mittwochs 16 Uhr, Ort zu erfragen über Othmar Gutfleisch Tel. 18 o1 61 App. 4o4
2. Gruppe Heimerziehung
montags 2o Uhr 1-41, Bundesallee 14o bei Kapczynski Tel. 83.24.78
3. Funktion und Ideologie der Sozialarbeit
dienstags 2o Uhr, 1-19, Kaiser Damm 114 bei Gänsecke Tel.
4. Gruppe Jugendpflege
samstags vierzehntägig, nächste Sitzung 31.5. 14Uhr3o 1-19, Frankenallee 6a Tel. über 83.24 78
5. Gruppe Ausbildung
freitags 14 Uhr PFH, 1-3o, Goltzstr. 43/44
Tel. Eva Fechner 78 45 8 74
6. Gruppe Gesundheitsamt
mittwochs 19 Uhr, 1-12, Kantstr. 142 bei Sydow Tel. 32 12 6o
7. Arbeitskreis der Sozialpädagogen im RC
montags 2o Uhr, 1-15, Wielandstr. 27 2. St.
Tel. 8o 45 17 über Renate Haarmann

# LETZTE MELDUNG:

Am 14.5.69 solidarisierten sich am PFH die in der Ausbildung stehenden Kindergärtnerinnen, Hortner, Jugendleiterinnen und Erzieher mit dem Streikbeschluß ihrer in der Praxis stehenden Kollegen. Von 139 Anwesenden stimmten 129 für den Streik der Kindergärtnerinnen am 1o. J U N I 1969

# TERMINE:

AKS-Plenum am 28.5.69, 18 Uhr, haus der sozialistischen Jugend "Die Falken", Bln. 42, Albrechtstr. 1o7/1o8

TAGESORDNUNG:

1. Warnstreik der Kindergärtnerinnen - Solidarisierungsmaßnahmen anderer sozialpädagogischer Berufsgruppen.
2. Zur Situation in der Kreuzberger Gesundheitsfürsorge - Berichte von dort arbeitenden Kollegen.
3. Zum Stand der Fachhochschulgesetzgebung für sozialpädagogische Berufe.

# 10. JUNI STREIK!!

Auch diese Zeitung kostet Geld!!!
Spenden können eingezahlt werden auf das Postscheckkonto 1o 1o 85 Bln.-West, Manfred Rabatsch Sozialpädagoge - Sonderkonto, Bln.12, Bismarckstr. 27

ZAHL - WIENEN
D r u c k
Schreibsatz - Reproduktion
1 Berlin 47, Wederstr. 91

## SPK - FÜR EINE NEUE PRAXIS

• impressum •

REDAKTIONSKOLLEKTIV: Gerhard Hannemann, Eckhard Kühnlenz, Manfred Rabatsch.
Mitarbeiter dieser Nummer: Roswitha Ebert, Kajo Heymann, Helmut Kapczynski (Manfred Liebel)
Anschrift: M. Rabatsch, 1Bln.12, Bismarckstr.27